

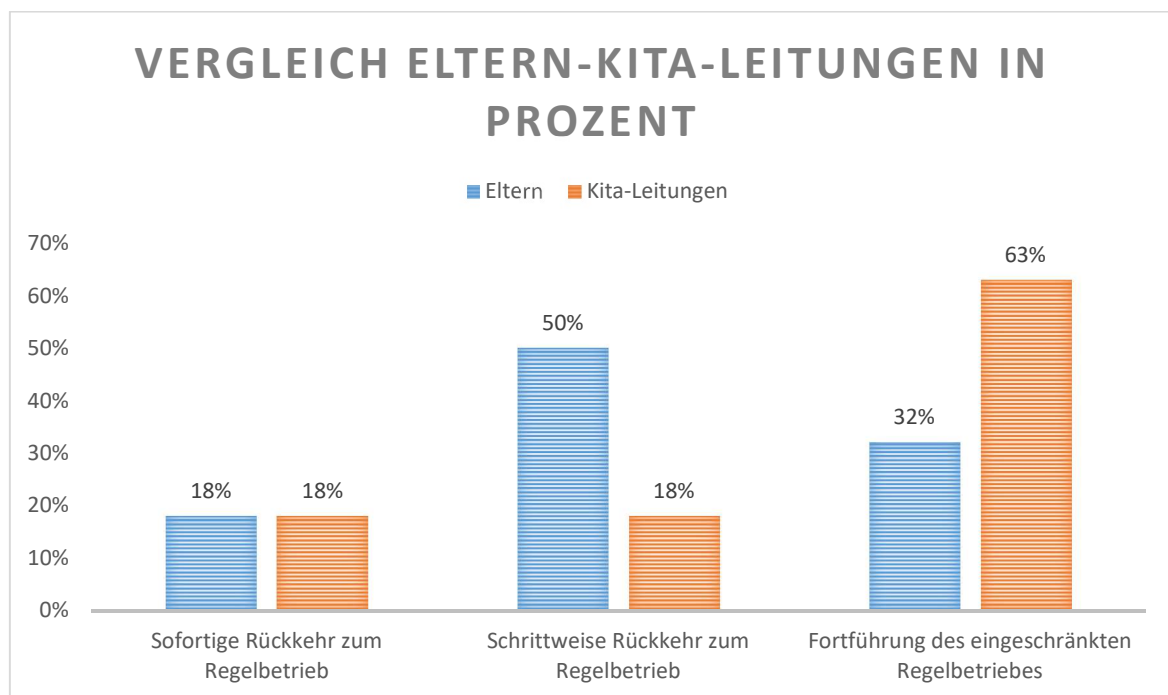


Liebe Delegierte, Eltern, Kita-Leitungen und Interessierte,

der Bezirkselternausschuss (BEA)-Wandsbek hat vom 17. – 29. April 2020 die Eltern und Kita-Leitungen im Bezirk nach ihrer Meinung bezüglich des eingeschränkten Regelbetriebes der Kindertagesstätten online und nicht-anonymisiert befragt. Es kam insgesamt zu 99 Rückmeldungen. Davon waren 88 Antworten von Eltern und 11 von Kita-Leitungen.

Insgesamt konnten also 99 Antworten erfasst werden. Dabei kam es von 18 Teilnehmerinnen und Teilnehmern zu der Aussage, dass die Kitas sofort und für alle wieder zum Regelbetrieb zurückkehren sollten. 46 von ihnen sprachen sich für eine geregelte - zumeist schrittweise- Rückkehr zum Regelbetrieb aus. 35 Personen waren für den weiteren eingeschränkten Regelbetrieb der Einrichtungen mit Aufrechterhaltung der Notbetreuung.

Im Vergleich zwischen den Antworten der Eltern und den Kita-Leitungen ergibt sich folgendes Bild.



1Vergleich Ergebnisse Kita-Ltg. - Eltern

Viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben die Umfrage genutzt um ihre persönliche Situation zu schildern. Dadurch lässt sich zusammenfassen, dass sich die teilnehmenden Eltern in der Mehrheit überlastet fühlen. Die anfängliche, bei nahezu allen teilnehmenden Eltern, vorhandene Akzeptanz und Unterstützung der Maßnahmen, insbesondere der Einschränkung des Regelbetriebes der Kindertagesstätten, schwindet nun merklich. Ein Großteil der Eltern fühlt sich nicht ausreichend von der Politik gesehen und vertreten.

Mehrmals wurde auf den Bedarf der weiteren finanziellen Unterstützung von Familien in der Corona-Krise hingewiesen, dabei wurde zum Beispiel das sogenannte und von Teilen der Politik auch bereits ins Spiel gebrachte

Corona-Elterngeld benannt. Zusätzlich wurde ein Kündigungsschutz für Eltern während und bis zu einem gewissen Zeitraum auch nach der Krise benannt, Arbeitgeber sollten mehr in die Pflicht genommen werden.

Nahezu alle Eltern beschreiben Hygienemaßnahmen, wie das Tragen von Mund- und Nasenschutz, das Einhalten der Hust- und Niesetikette und das Abstandhalten, mit Kindern der Altersstufe 0-6 für schwer umsetzbar. Einige Eltern befürchten, dass durch das Tragen von Mund- und Nasenschutz seitens des pädagogischen Personals, Kinder verschreckt werden können.

Die überwiegende Zahl der Eltern schlägt eine schrittweise Öffnung im Schichtbetrieb vor. Konstant zusammengesetzte Gruppen von Kindern mit den immer gleichen pädagogischen Fachkräften könnten das Durchmischungsrisiko vermindern. Eine tageweise Einteilung der Gruppen, so dass jedes Kind mind. 1-2x die Woche in die Einrichtung könnte, würde den Kindern die Möglichkeit von sozialen Kontakten und frühkindlicher Bildung sichern und den Eltern zumindest zeitweise Entlastung.

Die Teilnehmenden Kita-Leitungen weisen in der Mehrheit darauf hin, dass bereits vor der Corona-Krise, bedingt durch den Fachkräftemangel, eine knappe Personalsituation in den Einrichtungen vorherrschte. Diese Situation wird nun, durch den Wegfall des zur Risikogruppe gehörenden Personals, noch verschärft. Außerdem ergeben sich in manchen Einrichtungen räumliche Engpässe, wenn davon ausgegangen wird, dass die Gruppenstärke drastisch reduziert werden sollte.

Viele Familien in denen ein Elternteil außer Hauses arbeitet und das andere Elternteil in Heimarbeit berufstätig ist und zusätzlich die Kinder betreut, fühlen sich benachteiligt und wünschen sich die Öffnung der Notbetreuung auch für sie.

Für die Eltern liegt ein besonderes Augenmerk auf den Kindern die sich in den Übergängen innerhalb der Kita bzw. zwischen Kita und Schule befinden.

Auch für Kinder deren Krippeneingewöhnung kurz vor den Kita-Schließungen begann, während der Krise hätte starten sollen oder nun ansteht bedarf es konkrete Überlegungen für das weitere Vorgehen.

Auch Fragen zum Umgang mit Kindern mit erhöhtem Förderbedarf kommen auf, offiziell haben sie das Recht in der Notbetreuung untergebracht zu werden, es gibt derzeit aber noch keine Zahlen inwieweit dieses Angebot auch genutzt wird und in welchem Umfang dann die Therapien und die Heilerziehungsstunden geleistet werden. Außerdem ergibt sich die Frage wie mit den Therapiebedarfen der Kinder umgegangen werden soll, wenn die Eltern bewusst auf die Notbetreuung verzichten.

Bei der überwiegenden Anzahl der Eltern lässt sich ein hohes Bedürfnis nach wissenschaftlicher Klärung des Gesundheitsrisikos für und durch Kinder feststellen. Viele der Teilnehmenden Eltern empfinden die entsprechenden wissenschaftlichen Aussagen als nicht eindeutig. In Bezug auf das erhöhte Infektionsrisiko durch die Öffnung von Kitas, ergibt sich für die Eltern ebenfalls die Frage, für wie hoch dieses Risiko denn eingeschätzt werden kann, wenn es derzeit durch die in der Notbetreuung befindlichen Kinder, welche durch die Berufstätigkeit der Eltern, zum Teil in Berufen mit deutlich erhöhtem Ansteckungsrisiko, bisher nicht vermehrt zu Infektionen und daraus resultierenden Quarantäneschließungen von Kitas kam.

Die Eltern welche sich für die Aufrechterhaltung des eingeschränkten Regelbetriebes aussprechen sehen in hohem Maße die Gefahr einer Infektionswelle und möchten mit diesem Vorgehen die Kinder, die Familien und das Personal in den Einrichtungen schützen. Von keiner der entsprechenden Antworten ließ sich ableiten, dass diese Eltern bereits die Notbetreuung in Anspruch nehmen.

Obwohl die Rücklaufquote in Anbetracht der Anzahl der Kindertagestätten im Bezirk und der sich daraus abzuleitenden Anzahl an möglichen Teilnehmenden Eltern als sehr gering einzuschätzen ist, hat sich im Verlauf der Umfrage und im Vergleich mit den Ergebnissen der Umfragen anderer Bezirke in Hamburg gezeigt, dass sich die Ergebnisse nicht unterscheiden und sie somit trotzdem als relevant und Aussagekräftig anzuerkennen sind.

Nichts desto trotz weist die Rücklaufquote auf ein Problem hin. Nämlich, dass die große Mehrzahl der Eltern im Bezirk Wandsbek, und unter Berücksichtigung der Ergebnisse aus den anderen Bezirken, in ganz Hamburg nicht ausreichend von ihrem Recht der Beteiligung Gebrauch machen. Dafür gibt es sicher vielschichtige Gründe. Dabei ist sicherlich der Zeitmangel Seitens der Eltern zu nennen. Wenn von den ca. 412 Kindertagesstätten im Bezirk Wandsbek jährlich im Schnitt lediglich ca. 30 Delegierte gemeldet werden und es immer wieder zu Aussagen Seitens der Eltern kommt, dass sie bisher noch nichts vom BEA oder LEA gehört haben, muss auch von einem Informationsmangel ausgegangen werden. In vielen Kindertagesstätten kommt es aber auch zur Weitergabe der Informationen und es lassen sich trotzdem keine Eltern zu Delegierten für den Bezirkselfternausschuss melden. Dies muss sich ändern!

Es ist gesetzlich im Kinderbetreuungsgesetz festgelegt, dass jede Einrichtung eine/n BEA-Delegierte/n zu wählen hat. Nutzen Sie liebe Eltern diese Möglichkeit um von Ihrem Beteiligungsrecht Gebrauch zu machen und Sie liebe Kita-Leitungen um eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Eltern zu ermöglichen bzw. zu stärken. Uns allen liegt das Wohl der Kinder am Herzen, nur gemeinsam können wir die Kinder dabei unterstützen selbstbewusst zu wachsen und ihre Einzigartigkeit und individuellen Fähigkeiten zu entwickeln und zu erweitern.

**Abschließend lässt sich sagen, es besteht dringender Handlungs- und Klärungsbedarf. Für die Zukunft unserer Kinder – unserer aller Zukunft!**

Inzwischen hat der Vorstand des Landeselfternausschusses (LEA) Hamburg einen offenen Brief an die politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger veröffentlicht. Dieses wurde auch bereits von den Medien aufgegriffen. Aktuelle Informationen dazu sind der Homepage des LEA zu entnehmen.

Mit freundlichen Grüßen,

Viola Riedel

Vorstand BEA-Wandsbek

Hamburg, 2. Mai 2020